

Vortrag Feierstunde zum Gedenken an den 4. März 1919 der SL-Landesgruppe Baden-Württemberg am 4. März 2018 in Stuttgart

Begrüßung

Warum Gedenken oder Erinnerung an historische Ereignisse?

- Ehrung des Andenkens der Betroffenen
- Darstellung der Fakten und Hintergründe zum Verstehen der Ereignisse
- Lehren aus den Vorgängen für die Zukunft
- Information über historische Abläufe

Fakten

- Prägung Europas vor dem 1-Weltkrieg überwiegend durch Monarchien
- Aufkommen des Nationalstaatsgedankens in der Mitte des 19. Jhd
- Ausbruch des 1. Weltkrieges 1914 „Urkatastrophe“ des Jahrhunderts
- 1918 – Ende des 1. Weltkrieges, Waffenstillstand am 3.11.1918 mit der Habsburger Monarchie und am 11.11.1918 mit dem Deutschen Reich
- 18.10.1918 Masaryk erklärt in Philadelphia die Unabhängigkeit, der neuen CSR, am 28.10.1918 wird in Prag die 1.CSR ausgerufen
- November/Dezember 1918, Tschechisches Militär besetzt die Sudetengebiete
- 4.3.1919 Zehntausende Sudetendeutsche demonstrieren friedlich im ganzen Land für ihr Selbstbestimmungsrecht. Tschechisches Militär und Polizei schießt in die Menge: 54 Tote und über 100 Verletzte
- 1919: 28.Juni Friedensvertrag Versailles mit dem DR, 10.September Vertrag St.Germain mit Österreich, August 1920 Vertrag Sevres mit Türkei

Im Einzelnen:

Wenn man die Ereignisse des 4. März 1919 verstehen will, muß man in der Geschichte bis in das 19. Jhd. zurückschauen:

Bis zum Ende des 1. Weltkrieges waren die Grenzen der politischen Landkarte Europas stark durch drei Vielvölkerstaaten geprägt, die von alten Dynastien beherrscht wurden und die über Jahrhunderte durch Erbfolgen, Heiraten und Kriege gewachsen waren: Die Österreichisch-Ungarische Monarchie der Habsburger, das Russische Reich der Romanows und das Osmanenreich auf Teilen des Balkans und des Nahen Ostens.

In diesen Staaten lebten Menschen unterschiedlicher Nationalität, Kultur, Sprache und Religion weitestgehend friedlich zusammen, sie blieben in ihrer Identität in der Regel auch unangetastet, wenn sich die dynastischen Grenzen veränderten. Die Klammer für den Zusammenhalt dieser Vielvölkerstaaten war die Dynastie, das Herrscherhaus.-

Die Französische Revolution, die Befreiungskriege gegen Napoleon und die Gedanken von Aufklärung und Romantik brachten im 19.Jhd. ein allmähliches Erstarken des Nationalbewußtseins – auch bei Deutschen und Tschechen. Interessant ist dabei festzustellen, daß am Anfang der Entwicklung noch hoher Respekt vor der Meinung des Anderen und dessen Selbstbestimmung anzutreffen ist. (Beispiel Palacky – Paulskirche 1848 – Bekenntnis zur Habsburger Monarchie). Insgesamt nehmen aber im Laufe des 19.Jhd. die nationalen Spannungen deutlich zu. Hinzu kommen über die Nationalitäten und Staatsgrenzen hinweg zunehmende Forderungen breiter Volksschichten nach mehr Bürgerfreiheit und Einbindung in politische Prozesse.

Es gab durchaus eine Reihe von Bemühungen der Monarchie, die Nationalitätenkonflikte zu beruhigen ( 1867 Ausgleich mit Ungarn und neue Verfassung des Kaiserreiches Österreich :“ Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Pflege und Wahrung seiner Nationalität und Sprache“, 1905 Mährischer Ausgleich u.v.m.) und

2

offizielle Verhandlungen zur Thematik fanden noch bis ins Kriegsjahr 1915 statt, aber befriedende Ergebnisse waren nicht mehr möglich.

Der Ausbruch des 1. Weltkrieges im August 1914 („Urkatastrophe“, Mutterkatastrophe“ des 20. Jhd.) verändert die Lage grundlegend. Auslöser des Krieges war letztlich ein Nationalitätenkonflikt auf dem Balkan, wo seit Jahren die nationalen Auseinandersetzungen immer wieder zu regionalen, auch kriegerischen Auseinandersetzungen führten.

Zu Beginn dieses Krieges waren die Interessen der Mächte zunächst sehr unterschiedlich: Österreich wollte Sühne für den Mord an dem Thronfolgerpaar in Sarajewo, Rußland wollte seinen Einfluß auf dem Balkan behalten und erweitern, Frankreich wie Rußland wollten die politische und wirtschaftliche Macht Deutschlands eingrenzen und England war um die „balance of power“ in Europa bemüht. Die Zerschlagung der Habsburgermonarchie war zu Beginn des Krieges ebenso wenig ein Kriegsziel wie die Zerstörung der anderen Vielvölkerstaaten in Europa. ( Noch im Jahre 1917 haben tschechische Politiker und Würdenträger dem neuen Kaiser Karl I gegenüber ihre Loyalität erklärt.

In Böhmen witterten zu Beginn des Krieges vor allem zwei Persönlichkeiten die Chance zur Zerschlagung der Monarchie und der Bildung eines tschechischen Nationalstaates: T.G. Masaryk, Professor an der tschechischen Universität in Prag und seit 1891 Mitglied des Österreichischen Reichsrates und Edvard Benesch, Dozent an der Prager Technischen Hochschule.

Benesch hat seine Doktorarbeit über das österreichische Nationalitätenproblem geschrieben und sich darin für die Erhaltung Österreichs eingesetzt und eine Neuordnung des Staates auf der Grundlage nationaler Autonomie empfohlen, was ihn dann allerdings nicht hinderte, ab 1915 im Exil genau das Gegenteil zu betreiben.

Schon Ende 1914 hat sich Masaryk entschlossen, an der Seite der Entente seinen Plan eines tschechischen Nationalstaates über eine Auslandsaktion im Sinne einer revolutionären Bewegung gegen Österreich propagandistisch voranzutreiben. Er emigriert Ende 1914, Benesch – die Beiden kannten sich bis dato nur flüchtig – folgte ihm 1915. Beide nutzen ihre Verbindungen in Frankreich, England und der Schweiz zum Aufbau eines Netzwerkes – das sie Maffia nennen – und mit dem sie ihre Idee eines tschechischen Nationalstaates in die offizielle Politik der Alliierten einbringen wollen. Im November wird in London der Tschechische Nationalausschuß als Exilorganisation gegründet. Die tschechischen Bemühungen stoßen zunächst auf Schwierigkeiten, da bei den Alliierten wenig bis keine Bereitschaft vorhanden ist, die Österreichisch-ungarische Monarchie zugunsten einzelner Nationalstaaten zu zerschlagen. Die Entwicklung Ende 1916/Anfang 1917 führt sogar zu der Befürchtung, daß eine rasche Beendigung des Krieges die Bemühungen Benesch/Masaryk scheitern lassen könnte. Es gelingt aber schließlich den gesteigerten Aktivitäten der Beiden doch, daß die Alliierten Anfang 1917 „die Befreiung der Tschechoslowakei „ als eines ihrer Kriegsziele verkünden. Wenzel Jaksch schreibt dazu in seinem Buch „Europas Weg nach Potsdam“ : „Am 7.1.1917 wurde die Europapolitik Frankreichs auf 20 Jahre hinaus von einem tschechischen Emigranten festgelegt und es blieb Daladier überlassen, diese Entscheidung in München zu revidieren. Noch waren jedoch die Kräfte, die zu einem Vergleichsfrieden wollten, nicht geschlagen....Keiner der alliierten Staatsmänner kannte zu diesem Zeitpunkt die Grenzen dieses Staates, zu dessen Gründung sie sich verpflichteten; noch weniger kannten sie die Zusammensetzung der Bevölkerung. Wenige hatten zuvor von der Existenz des tschechischen Volkes gehört.“

Eine genaue Vorstellung von den Grenzen ihres tschechischen Nationalstaates haben aber Benesch und Masaryk – sie streben dazu die alten dynastischen Grenzen der Länder der böhmischen Krone. Und sie kennen auch die Größenordnung der verschiedenen Ethnien in diesen Ländern: 6,8 Mio Tschechen, 3,2 Mio Deutsche, 2 Mio Slowaken und 1,6 Mio Ungarn, sowie noch Ukrainer und Polen. Die Slowaken lebten bislang unter der Herrschaft der Ungarn und strebten ebenfalls nach Autonomie. Um mit ihnen die Mehrheitsverhältnisse in dem neuen Staat etwas günstiger für die tschechische Seite erscheinen zu lassen, versprach Benesch den Slowaken Autonomie in dem neuen

Staat und erfand dazu das „tschechoslowakische Volk“. Benesch wird auch dieses Versprechen später nicht halten.

1917 treten die USA in den Krieg ein, was schließlich den Ausgang zugunsten der Alliierten beeinflussen wird.

Am 8.1.1918 legt der amerikanische Präsident Wilson seine 14 Punkte als seine Kriegsziele vor, in denen in Punkt 10 „den Völkern Österreich-Ungarns...die Möglichkeit zu unbehinderter autonomer Entwicklung eingeräumt“ wird.

Diese 14 Punkte beeinflussten die politischen Diskussionen auch bei den Mittelmächten, führten auch zu Bemühungen nach einem Waffenstillstand.

Am 6.Oktober 1918 proklamierten die deutschen Abgeordneten des österreichischen Reichsrates die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes für alle Nationen, nehmen dieses aber auch für sich in Anspruch.

Am 17.Oktober verkündet Kaiser Karl I sein Manifest an die Völker der Monarchie mit dem Angebot des Umbaus der Monarchie in einen Bundesstaat mit weitgehenden Selbständigkeiten für die Einzelstaaten. Aber die Entwicklung ist nicht mehr zu ändern.

Am 18.Oktober 1918 erklärt Masaryk in Philadelphia die Unabhängigkeit des neuen tschechoslowakischen Staates. Dort finden sich neben dem Hinweis auf die 14 Punkte Wilsons noch Sätze wie: „...daß kein Volk gezwungen werden sollte, unter einer Herrschaft zu leben, die es nicht anerkennt..“ oder „Die Rechte der Minderheit sollen durch verhältnismäßige Vertretung gewahrt werden, nationale Minderheiten sollen gleiche Rechte genießen“.

Am 21. Oktober 1918 reklamiert die provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich das Selbstbestimmungsrecht für das „deutsche Volk in Österreich“ und präzisiert ihre beanspruchte Gebietsgewalt für das ganze deutsche Siedlungsgebiet „insbesondere auch in den Sudetenländern“. Ende Oktober 1918 geben die deutschen Abgeordneten des österreichischen Reichsrates aus den jeweiligen sudetendeutschen Gebieten Erklärungen ab, daß sie sich zu Provinzen Deutschösterreichs erklären.

Am 28.Oktober 1918 wird auch in Prag die Erste Tschechoslowakische Republik ausgerufen. Noch am selben Tag stoppt der tschechische Nationalausschuß die Lebensmittel- und Kohlelieferungen aus dem tschechischen in das deutsche Gebiet und nach Wien.

Am 30.Oktober 1918 übernimmt der tschechische Nationalausschuß die Kommandogewalt über die mehrheitlich tschechischen Truppenteile der Monarchie auf dem neuen Staatsterritorium, die deutschen Einheiten – soweit sie nicht noch an der Front – werden aufgelöst.

4

Am 3. November 1918 beendete der Waffenstillstand den Krieg mit Österreich-Ungarn, am 11. November mit dem Deutschen Reich.

Es gibt aber weder einen Friedensvertrag, noch verbindliche, völkerrechtliche Regelungen für die neu geschaffenen Gemeinwesen.

Wie allerdings die Repräsentanten des neuen tschechoslowakischen Staates die Machtverhältnisse sahen, macht ein Vorgang vom 4. November 1918 deutlich: Der Landeshauptmann der am 29. Oktober proklamierten Provinz Deutschböhmen, Rudolf Lodgman von Auen und sein Stellvertreter, der Sozialdemokrat Josef Seliger, wollten in Prag beim tschechischen Nationalausschuß Informationen über die künftige Entwicklung einholen. Sie wurden von dem designierten tschechoslowakischen Finanzminister Alois Rasin schroff mit den Worten abgefertigt: „Mit Rebellen verhandeln wir nicht. Das Selbstbestimmungsrecht ist eine schöne Phrase, jetzt, wo die Entente gesiegt hat, entscheidet die Gewalt.“

Am 12. November erklärt die Provisorische Nationalversammlung in Wien Deutsch-Österreich zu einer demokratischen Republik und diese zum Bestandteil der Deutschen Republik.

Am 1. November 1918 werden die ersten Grenzbahnhöfe von den Tschechen besetzt, ab 3. November beginnt die systematische militärische Besetzung der deutsch besiedelten Gebiete. Der Vorteil für die Tschechen ist, dass sie über ausreichend militärische Kräfte von tschechischen Einheiten aus der Zeit Österreich-Ungarns verfügen, die im Lande waren oder frühzeitig von den Fronten zurückgeholt worden waren, während auf deutscher Seite außer schwachen Heimwehrkräften praktisch keine geschlossenen militärischen Verbände verfügbar waren; diese waren entweder in Gefangenschaft, auf dem Heimweg von der Front oder die Einheiten waren aufgelöst und entwaffnet.

Daher konnte militärischer Widerstand nur gering sein. Versuchte Hilfe aus Deutschösterreich wurde dadurch unterbunden, dass die Alliierten den zuständigen Stellen mit der Kürzung von Versorgungslieferungen an deutsche Gebiete und nach Wien oder militärischer Besetzung österreichischer Gebiete drohten.

Dennoch kam es an zahlreichen Orten zu Kämpfen, wobei tschechischerseits z.T. auch Artillerie eingesetzt wurde. Auf deutscher Seite kamen dabei mindestens 17 Menschen ums Leben und zahlreiche wurden verletzt. Tschechische Opfer wurden nie genannt.

Insgesamt hatte die tschechische Seite für den ganzen Okkupationsvorgang, der drei Monate dauerte, etwa 30 Regimenter im Einsatz.

Die deutsch-österreichische Regierung protestierte am 13. Dezember 1918 gegen die Annektionsmaßnahmen und schlug eine Volksabstimmung vor, was erfolglos blieb.

Wegen der Unruhen erbittet die tschechische Verwaltung am 20. Dezember 1918 von den Alliierten die Zustimmung zu den Besetzungen der deutschen Gebiete, die dann auch von Frankreich, Italien und England erteilt wird, nicht jedoch von den USA, die lediglich den Eingang des Ersuchens bestätigen.

Wenzel Jaksch bezeichnete diese Aktionen rückschauend in den 1960er Jahren treffend: „Es war eine nackte Annexion.“

Damit war de facto der tschechoslowakische Nationalstaat ins Leben gerufen. Es ist zweifellos eine politische, diplomatische und taktische Meisterleistung von Masaryk und Benesch mit ihrer Auslandsaktion gewesen, in wenigen Jahren dieses Ergebnis zu erzielen. Dabei kam ihnen sicher der Krieg und die Interessen von Frankreich, Englands und Russlands zu Hilfe,

Mit der Besetzung der deutschen Gebiete beginnt die Diskriminierung der Deutschen. Es werden tausende deutsche Beamte entlassen und tschechische Beamte eingesetzt, die aus den innerböhmisches Gebieten kommen. Das Wort „Deutschböhmen“ und kurze Zeit in einzelnen Gegenden auch das Wort „Sudetenland“ wird bei Strafandrohung verboten und auch namhafte Politiker wie Masaryk und Benesch sprechen jetzt auch öffentlich von der Entgermanisierung des Landes. Dabei spielte neben den geplanten Einzelmaßnahmen auch die erwartete rasche Assimilation der Deutschen eine große Rolle.

5/4

Im Winter 1918/1919 herrscht wegen Versorgungsproblemen vor allem in den deutschen Gebieten Hungersnot, die auch im Ausland mit Sorge verfolgt wird. Am 4. März 1919 tritt in Wien die Nationalversammlung Deutsch-Österreichs zusammen, zu der auch die Sudetendeutschen Abgeordnete entsenden wollten. Die Tschechen haben aber die Teilnahme an den Wahlen den Sudetendeutschen verwehrt. Dagegen wollten die Sudetendeutschen demonstrieren, aber auch gegen die schlechte Versorgungslage und einen Währungsschnitt. Aufgerufen zu diesen Demonstrationen haben die deutschen Sozialdemokraten als damals größte Partei unter ihrem Vorsitzenden Josef Seliger, aber auch alle anderen deutschen Parteien und die Gewerkschaften. Es kam im ganzen Sudetenland zu beachtlichen friedlichen Demonstrationen, da fast die ganze deutsche Bevölkerung dem Aufruf folgte. Fast zur selben Stunde und an mehreren Orten gleichzeitig wurden die friedlich verlaufenden Kundgebungen ohne Vorwarnung durch Schüsse tschechischen Militärs zerschlagen. 54 Tote und über 100 Schwerverletzte waren die grausame Bilanz. Eine Untersuchung dieser Massaker durch die Alliierten und das neutrale Ausland wurde durch die tschechische Auslandsaktion verhindert.

Aber noch gab es keine Friedensregelung. Die Verhandlungen begannen in Versailles, für Österreich-Ungarn fanden die Verhandlungen in St. Germain statt. Die von den Alliierten festgelegten Friedensbedingungen wurden der deutschen Delegation Anfang Mai 1919 bekannt gegeben, der deutsch-österreichischen Delegation, die von dem aus Südmähren stammenden Staatsrat Karl Renner geleitet wurde, am 2. Juni 1919.

Beiden Delegationen war eine Teilnahme an den Verhandlungen nicht gestattet, sie waren in ihren Hotels praktisch kaserniert und durften nur schriftliche Gegenvorschläge einreichen, die aber nur marginal berücksichtigt wurden.

Verhandelt wurde weder mit Österreich, noch mit Deutschland.. Die massiv unter Druck gesetzten Regierungen mussten die Verträge für Deutschland in Versailles am 28. Juni 1919 und für Österreich in St. Germain am 10. September 1919 unterschreiben.. An den von den Tschechen geschaffenen vollendeten Tatsachen konnte praktisch nichts mehr verändert werden. Im Gegenteil, den Tschechen wurden noch altösterreichische Gebietsstreifen in Südmähren um Feldsberg und in Südböhmen zugeschlagen.

Damit war der neue „tschechoslowakische Nationalstaat“ auch völkerrechtlich installiert. Aber er hatte keinen reibungslosen Start und schon vor und nach Abschluß der Friedensverträge haben namhafte Persönlichkeiten aus den internationalen Bereich warnend ihre Stimme erhoben und vorhergesagt, dass die geplanten, bzw. getroffenen Regelungen zu neuen Konflikten führen werden. Auch die vorzeitige Abreise des amerikanischen Präsidenten und die spätere Weigerung des amerikanischen Kongresses, die Friedensverträge zu ratifizieren sind auf diese Beurteilungen zurückzuführen.

Es rächte sich bald, dass die Zerschlagung der Österreichisch-ungarischen Monarchie mit einer ganzen Reihe objektiv falscher Behauptungen begründet wurde, wie z.B., dass es keine deutsche Minderheit in geschlossenen Siedlungsgebieten gäbe und dass die Deutschen gerne in einer tschechischen Republik leben möchten, aber auch, dass die neue CSR nach dem Vorbild der Schweiz aufgebaut würde. Der britische Premierminister Lloyd George nannte später die von Benesch bei den Friedensverhandlungen vorgetragene Darstellung eine „bewusste Fälschung“.

Aber selbst in dem neuen Staat waren die Tschechen nicht bereit, die Minderheiten – es waren neben den Deutschen auch Ungarn, Ukrainer und schließlich auch die Slowaken – zu respektieren und sie an Staat und Gesellschaft teilhaben zu lassen, wie sie es vor den Friedensschlüssen *versprochen hatten*.

Stichworte dazu sind:

6 J

- Ausschluß der Deutschen aus der verfassunggebenden Versammlung, wo auch die Slowaken unterrepräsentiert waren
  - Verdrängung aus dem öffentlichen Dienst
  - Änderung der Wahlkreise zu Lasten der Deutschen
  - Bodenreform: Enteignung deutschen Großgrundbesitzes und Verteilung an kinderreiche tschechische Familien aus dem Binnenland
  - Schließung von deutschen Schulen (bis 1927 500 Schulen mit 3500 Klassen, d.i. 30% der Klassen von 1918) und Aufbau von Minischulen im deutschen Gebiet für tschechische Beamte und „Kolonisten“
  - Diskriminierung von Deutschen bei öffentlichen Investitionen
  - Militarisierung der Sudetengebiete: Einrichtung neuer Garnisonen und Bau von Bunkeranlagen , (die dort stationierten tschechischen Soldaten hatten dort Wahlrecht.)
  - Einwanderung aus Deutschland und Österreich war strikt verboten
- All das führte dazu, daß in den Sudetengebieten der Anteil der dort lebende Tschechen von 270tausend im Jahr 1918 auf 800tausend im Jahr 1938 anstieg.

Interessant ist, dass sich von den tschechischen Parteien nur die Kommunisten für das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen einsetzten. In einem Kongreßbeschuß der Komintern im Jahre 1923 wurde dies ausdrücklich beschlossen und dabei festgestellt, „dass es eine tschechoslowakische Nation nicht gibt.“ Und im Jahre 1931 erklärte der KPC-Abgeordnete Kopecky im Abgeordnetenhaus, „dass die tschechischen Kommunisten... das Selbstbestimmungsrecht bis zur Abtretung...wahren und durchsetzen werden“. Dabei sprach er sich auch für die Vereinigung aller Deutschen in einem Staat aus.

Bei den ersten Parlamentswahlen waren von den 281 Abgeordneten 72 Deutsche. Die Parteienlandschaft war noch nach dem Schema der Monarchie sehr zersplittert. Zunächst verharrten alle deutschen Parteien in Opposition, Aber auch die spätere Regierungsbeteiligung der Mehrheit der deutschen Parteien scheiterte letztlich daran, dass die tschechische Politik keine Anstalten machte, ihre bisherige Linie zu ändern. Und nachdem durch die nahaltende Diskriminierungspolitik in der seit 1929 herrschenden Wirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit in den sudetendeutschen Gebieten ( bis 1918 blühende Wirtschaftsgebiete der Monarchie ) fast dreimal höher wurde als in den tschechischen Landesteilen, erlitten die an der Regierung beteiligten deutschen Parteien bei den Wahlen 1935 eine deutliche Niederlage. In der Zwischenzeit waren die deutschen Parteien, die sich nicht an der Regierung beteiligten verboten und in den Sudetengebieten herrschte große Not. In dieser Situation versuchte Konrad Henlein – Bankangestellter und Bezirksturnwart – die politischen Kräfte der Sudetendeutschen 1933 in der „Sudetendeutschen Heimatfront“ (SHF) zu sammeln. Henlein distanzierte sich als Christ und Demokrat vom Nationalsozialismus, anerkannte die Tschechoslowakei, forderte aber verbriefte Autonomierechte innerhalb des Staates. Obwohl die Regierung kurz vor den Wahlen 1935 die Änderung des Namens erzwang – sie wollte damit die Wahlchancen verringern – und sich die SHF in Sudetendeutsche Partei umbenennen musste, wurde sie stimmenmäßig stärkste Partei im Parlament und damit auch doppelt so stark wie alle anderen deutschen Parteien zusammen. Aber auch diese Entwicklung führte zu keinem Umdenken in der tschechischen Politik. Wohl aber wurde das Ausland zunehmend auf die Entwicklung aufmerksam und zunehmend besorgt

In der Sudetendeutschen Partei bildeten sich in dieser Zeit zwei Strömungen, der Aufbruch, der mit den Nationalsozialisten im Deutschen Reich sympathisierte und der Kameradschaftsbund, der den Nationalsozialismus ablehnte und bis zuletzt auf Autonomie setzte. Die Bemühungen aller deutschen Parteien in der CSR – auch der SdP –für eine Autonomielösung und einen Nationalitätenausgleich bis Ende 1937 blieben vollkommen erfolglos. In der Zwischenzeit hatte auch Adolf Hitler das Sudetenproblem als einen Hebel für seine Macht- und Revisionspolitik entdeckt und machte zunehmend Druck. In dieser Situation

ist es nicht ganz unverständlich, wenn in der SdP der Aufbruchflügel zunehmend an Einfluß gewinnt.

Die Unbeweglichkeit der tschechischen Politik ruft nun aber England und Frankreich auf den Plan, die schon deshalb einen Krieg vermeiden möchten, weil sie dafür nicht gerüstet sind, aber auch, weil die Einsicht entstanden ist, dass die 1919 getroffenen Regelungen mit ursächlich für die aktuelle Entwicklung sind. Und schließlich wirkte im März 1938 der Anschluß Österreichs an Deutschland - ein Vorgang, der schon 1918/19 von den Österreichern mit großer Mehrheit gewünscht, von den alliierte aber kategorisch verboten worden war – auf die allgemeine Stimmungslage und gegen die Alliierten.

Nachdem im Herbst 1939 der Sonderbotschafter Lord Runciman im Auftrag der britischen Regierung die Sudetengebiete bereist hatte, stellte er in seinem Zwischenbericht vom 14.9.1938 fest, die tschechoslowakische Herrschaft in den sudetendeutschen Gebieten sei während der letzten 20 Jahre „taktlos, verständnislos und kleinlich“ gewesen und habe „die deutsche Bevölkerung unweigerlich in die Richtung des offenen Widerstandes treiben müssen.“ Und „Die große Mehrheit der Bewohner wünscht die Vereinigung mit Deutschland“. Er empfiehlt daher die Abtretung der deutschen Siedlungsgebiete.

In der Zwischenzeit verhandelt der britische Premierminister Chamberlain mehrmals direkt mit Hitler um eine Lösung.

Offenbar hatte nun auch Benesch den Ernst der Lage erkannt und bot der französischen Regierung über seinen Minister Necas die Abtretung von etwa 20 % des Sudetengebietes bei gleichzeitiger Umsiedlung von etwa 60 % der deutschen Bevölkerung an. Necas wurde zu absoluter Vertraulichkeit verpflichtet

Aufgrund dieser Vorschläge richteten England und Frankreich am 19.9.1938 gleichlautende Noten an die Regierung in Prag und empfehlen die Abtretung der Gebiete mit mehr als 50% deutscher Bevölkerung, bei internationaler Garantie für die neuen Grenzen. Dies lehnt Prag am 20.9.ab. Am 21.9. teilt England und Frankreich Prag mit, dass bei einem Beharren auf der negativen Antwort vom 20.9. die CSR die Verantwortung für einen Krieg tragen müsse, England und Frankreich würden sich daran nicht beteiligen.

21.9 Darauf antwortet Prag, dass die tschechoslowakische Regierung „dem äußeren Druck nachgebend und „mit schmerzlichen Gefühlen“ die Vorschläge Englands und Frankreichs annehme unter der Voraussetzung, „dass beide Regierungen einen deutschen Einmarsch in das tschechoslowakische Gebiet nicht dulden würden bis zur Festlegung der neuen Grenzen durch eine internationale Kommission“. Dies wiederum lehnt Hitler ab, der auf sofortiger Räumung besteht..

Am 22.9. erklärt Benesch, er wünsche den Krieg sofort. Nach der Mobilmachung standen in der CSR 1,5 Mio Soldaten unter Waffen.

Am 27.9.wurden im Sudetenland alle Radios beschlagnahmt, 20.000 Sudetendeutsche als Geiseln genommen, Brücken, Straßen und Tunnels gesprengt und neue Verteidigungsstellungen gebaut. Am 28.9.erreichte Mussolini bei Hitler einen Aufschub der militärischen Maßnahmen um 24 Stunden und die Einberufung des Vierertreffens in München am 29.9. Auf dieser Münchener Konferenz werden von Deutschland, England, Frankreich und Italien, unter Bezugnahme auf die durch den Notenwechsel zwischen England und Frankreich einerseits und der CSR andererseits grundsätzlich bereits vereinbarten Abtretung der sudetendeutschen Gebiete, die Modalitäten hierzu festgelegt. Vertreter der CSR waren nicht unmittelbar beteiligt, das Ergebnis wurde der tschechoslowakischen Delegation nur mitgeteilt.

Entsprechend den Vereinbarungen von München erfolgt der Einmarsch der deutschen Truppen in die Sudetengebiete in der Zeit vom 1. bis 10. September 1938.

Am 30.September nimmt Benesch im Einvernehmen mit der Regierung die in München „ohne uns und gegen uns gefällte Entscheidung“ an und tritt am 5.Oktober als Staatspräsident zurück.

Bei der großen Mehrheit der Sudetendeutschen war der Jubel groß, die Entwicklung wurde als Befreiung gesehen. Sehr schnell wurde aber deutlich, dass die Sudetendeutschen für Hitler nur ein Vorwand waren für seine weiteren Expansionspläne. Vielfach wurden bei der Besetzung von

wichtigen Positionen nicht Sudetendeutsche, sondern verdiente Parteigenossen „aus dem Reich“ berücksichtigt, politisch Andersdenkende wurden ebenso verfolgt wie Juden, wenn sie sich nicht rechtzeitig absetzen konnten. Die „Gleichschaltung“ begann.  
 Endgültige Ernüchterung trat mit der Besetzung der „Resttschechei“ und der Bildung des Protektorates ein. Der zweite Weltkrieg ernüchterte dann vollends.

Die Slowaken, denen Benesch die 1918 versprochene Autonomie bislang verweigert hatte, erhielten am 23.9.1938 in einem Abkommen verhältnismäßig weitgehende Autonomierechte von Benesch konkret zugestanden, die jedoch Anfang März 1939 wieder entzogen wurden (wie auch der Karpaten-Ukraine.) Darauf rufen die Slowaken – gedrängt aus Berlin – am 14. März 1939 einen eigenen Staat aus.

Am 15. März 1939 marschieren deutsche Truppen – nach massiven Druck Hitlers gegen den tschechischen Präsidenten Hacha – in die „Resttschechei“ ein und es wird das Reichsprotektorat Böhmen und Mähren eingerichtet – ein zwar eigener Staat, der aber weitgehend unter der Kontrolle des Deutschen Reiches steht

Nach seinem Rücktritt geht Benesch als Privatmann wieder ins Exil nach London, wo er aber wenig Resonanz findet, sodaß er weiter nach USA geht, wo er eine Professur erhält.

Aber auch hier verfolgt er die feste Absicht – wie 1914 – wieder „einen allgemeinen, allseitigen Kampf zu beginnen, um München rückgängig zu machen“ Eine Chance für eine Realisierung dieses Zieles sieht er in einem neuen Weltkrieg.

Nach Ausbruch des Krieges 1939 kehrt er wieder nach London zurück, wo er Ende 1939 ein tschechoslowakisches Nationalkomitee gründet, das bald als kriegführende Macht von England und Frankreich anerkannt wird und 1940 einen Staatsrat, der als Exilparlament gedacht ist (aber keine Sudetendeutschen aus dem Exil aufnimmt).

Zentrale Punkte der Exilpolitik Beneschs sind die staatsrechtliche Kontinuität des tschechoslowakischen Staates in seinen Grenzen vor „München“ und die endgültige Ausbildung dieses Staates zu einem rein tschechischen Nationalstaat.

1941 erreicht Benesch von der Sowjetunion, England und Frankreich die Anerkennung der Vormünchener Grenzen, noch nicht aber die Zustimmung zur Vertreibung.

Am 12. Dezember 1944 schließt er mit der Sowjetunion einen „Freundschaftsvertrag“, der praktisch die Grundlage für die Machtergreifung der Kommunisten in der Nachkriegstschechoslowakei bildet.

Konkrete „Umsiedlungspläne“ hatte Benesch bereits im September 1938 auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise entwickelt. Nach Kriegsausbruch versuchte er zunächst die „Ausweisung“ sudetendeutscher Nationalsozialisten ins Gespräch zu bringen, ohne damit konkret weiterzukommen.

Gegen die Bitten und Ratschläge aus dem Widerstand im Protektorat wegen befürchteter Repressalien, organisierte Benesch im Sommer 1942 von London aus das Attentat auf Heydrich, was dann auch wie befürchtet zu Terrormaßnahmen wie Lidice führte und weltweit die Stimmung gegen Deutschland negativ bestimmte... In den in dieser Zeit mit dem britischen Außenminister Eden geführten Gesprächen erhielt schließlich Benesch nicht nur die Zustimmung zur endgültigen Aufhebung des Münchner Abkommens, sondern auch zur Vertreibung ( oder Transfer ) der Sudetendeutschen. Von da an war die Vertreibung ein öffentliches und gesetztes Thema. Das bedeutete aber auch ein faktisches Ende der Gespräche, die Benesch mit den sudetendeutschen Exilsozialdemokraten – wenn auch immer zurückhaltend – geführt hatte.

Nach der Zustimmung Großbritanniens zur Vertreibung erhielt Benesch auch von den anderen Großmächten deren Einverständnis, wobei er es trickreich verstand, die eine Macht gegen die andere auszuspielen.

Am 8. Mai 1945 endet der Zweite Weltkrieg und es gibt wieder einen tschechoslowakischen Staat in den Grenzen von 1937 einschließlich der Slowakei. Aber seit Wochen und Monaten schürt



9

Benesch den Hass auf die Deutschen und insbesondere die Sudetendeutschen, denen er nach der Vertreibung nur ein Taschentuch belassen möchte.

Der Prager Aufstand vom 5. Mai 1945 mit seinen brutalen und blutigen Ausschreitungen gegen alles Deutsche wird zum Auftakt einer grausamen Welle von Gewalt in den Sudetengebieten, die allen Grundsätzen von Demokratie, Humanität und Gerechtigkeit fundamental widersprechen, die Masaryk als Prinzipien der Staatsgründung 1918 proklamiert hatte. Die meisten Präsidialdekrete, die in diesen Monaten ohne Zustimmung einer legitimierten Regierung erlassen werden und die die entschädigungslose Enteignung, Entrechtung und Vertreibung von rd. 3 Millionen Menschen, sowie die Straffreistellung von Kapitalverbrechen an diesen verordnen und die gegen die fundamentalen Prinzipien des Völkerrechtes verstoßen, tragen die Unterschrift Edvard Benesch. Auch die Bezugnahme auf die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz kann solches Handeln nicht rechtfertigen.

Unmittelbar nach Kriegsende werden durch gezielte und wohlorganisierte Aktionen – die heute zum Teil verharmlosend als „wilde Vertreibungen“ apostrophiert werden, ganze Dörfer und Landstriche entvölkert, indem die dort lebenden Menschen – überwiegend Frauen, Kinder und alte Menschen, da die jungen Männer noch in Gefangenschaft sind – vielfach zu Fuß über die Grenze nach Deutschland oder Österreich getrieben werden. Dabei kommt es zu unbeschreiblichen Gewaltexzessen, zur Ausplünderung des ohnehin geringen Gepäcks. Der Brünner Todesmarsch und der von Iglau oder die Brücke von Aussig sind Fanale dieser Entwicklung. Insgesamt sind in dieser Zeit etwa 230.000 bis 240.000 Menschen ums Leben gekommen.

Bis zum Potsdamer Abkommen im August 1945 werden rd. 750.000 Sudetendeutsche vertrieben, danach noch rd. 60.000. Mit der „geregelten und humanen“ Vertreibung werden 1946 in Viehwaggons weitere 2 Millionen nach Deutschland „verfrachtet“. Rund eine halbe Million werden als unverzichtbare Spezialisten zunächst zurückbehalten und zum Teil erst nach Jahren entlassen. Nach einer Volkszählung Anfang des 21. Jahrhunderts bekennen sich noch etwa 40.000 Personen zur deutschen Nationalität.

Dem tschechischen Staat fällt durch die Konfiskation der Vermögenswerte der vertriebenen Deutschen ein Wert zu, den Prof. Prinz in seiner „Geschichte Böhmens“ mit insgesamt 20 Milliarden Dollar schätzt. Der Staat kann aber 3 ½ Millionen Menschen, darunter Facharbeiter für Industrie, Gewerbe und Land- und Forstwirtschaft nicht ohne weiteres ersetzen und auch die Kollektivierung der Landwirtschaft 1948 bringt keine Verbesserung, eher Nachteile. Und so veröden große Teile der entvölkerten Regionen, ganze Dörfer verschwinden, Betriebe werden stillgelegt. Bis heute haben sich weite Teile der ehemaligen Sudetengebiete wirtschaftlich nicht erholt.

Dies wirkt sich auch auf die politischen Strukturen des Landes aus. Im Jahre 1946 erreichen die Kommunisten in den ehemals deutschen Gebieten Stimmanteile zwischen 50 und 65 Prozent, während in den alten tschechischen Gebieten der entsprechende Anteil zwischen 30 und 35, im Höchstfall bei 40 Prozent liegt.

Nach der Wende des Jahres 1989 bleiben die Kommunisten stark, sie sind unter den drei stärksten Parteien und spielen nach wie vor in den früher deutschen Gebieten eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Politisch geht in der neuen tschechoslowakischen Republik die ja nun real ein tschechischer Nationalstaat ist - schon ab 1945 die Saat auf, die Benesch 1944 in dem Vertrag mit Stalin gesät hat und mit dem er die Vertreibung der Deutschen erkaufte: Die Kommunisten erhalten von Anfang an eine wichtige Rolle im Staat, die ihnen dann im Februar 1948 die endgültige Machtübernahme auf kaltem Wege ermöglichte. Als Benesch dann von seinem Amt als Staatspräsident zurücktrat, war er schon lange vorher von den Kommunisten faktisch entmachtet. Damit senkte sich der Eisener Vorhang auch über die Sozialistische Tschechoslowakei, der nach einem Aufbäumen des tschechischen Volkes im Jahre 1968 – dem Prager Frühling - noch bis 1989 geschlossen bleiben sollte.

Nach der „Samtenen Revolution“ 1989 sucht die Tschechoslowakei wieder ihren Weg in der Gemeinschaft freier Völker.

1992 löst sich die Slowakei erneut und wird neben der verbleibenden Tschechischen Republik eine selbstständige unabhängige Republik. Beide Staaten werden vollwertige Mitglieder in der Europäischen Gemeinschaft.

Erst seit der Trennung von der Slowakei ist – nach der Vertreibung der Sudetendeutschen die Tschechische Republik real ein tschechischer Nationalstaat, in dem nur noch andere kleine Minderheiten leben – darunter auch die Deutschen.

Schon bald nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der Vertreibung 1946/47 haben die Südetendeutschen die Hände zur Verständigung ausgestreckt und 1950 mit dem Wiesbadener Abkommen und der Charta der Heimatvertriebenen auf Rache und Vergeltung verzichtet und die Vision einer Gemeinschaft freier Völker und Volksgruppen in einem geeinten, freien und demokratischen Europa entwickelt. Schon zu Zeiten des Eisernen Vorhanges wuchsen über diesen hinweg Kontakte von Mensch zu Mensch, die sich nach der Öffnung der Grenzen rasch ausweiteten und in der politischen Hierarchie langsam nach oben wuchsen. Und über die Brückenfunktion der Menschen lockert sich allmählich auch das politische Klima. War noch vor einigen Jahren die Devise der offiziellen tschechischen Politik, mit Vereinen keine Politischen Gespräche zu führen, zeigen sich in jüngster Zeit Entwicklungen, die Anlaß zu einem vorsichtigen Optimismus sein können.

Was kann das Fazit von 100 Jahre tschechoslowakischer / tschechischer Nationalstaatlichkeit sein:

Die Gründung der Tschechoslowakei 1918 und der Neuaufbau 1945 sind dem konsequenten und gezielten Einsatz und Agieren weniger Personen – Masaryk und Benesch – zu verdanken, die aufgrund der politischen Gesamtlage und der kriegerischen Auseinandersetzung ihre Interessen durchzusetzen verstanden.

Die erste Tschechoslowakische Republik scheiterte letztlich daran, dass sie aufgrund objektiv falscher Behauptungen und grober Verstöße gegen die Grundsätze von Selbstbestimmung, Demokratie, Recht und Gerechtigkeit aufgebaut war. Es waren im Grunde dieselben Gründe, mit denen die Tschechen die Zerstörung der Habsburgermonarchie betrieben., ohne dass sie daraus Lehren für den neuen angestrebten Staat gezogen hätten.

Vertreibungen und andere Verstöße gegen fundamentale Grundprinzipien eines demokratischen Rechtsstaates bilden keine dauerhafte Basis für ein zukunftsfähiges Gemeinwesen.

Minderheiten wie die Sudetendeutschen, aber auch die Ungarn, Ukrainer, Polen und selbst die Slowaken waren in den vergangenen 100 Jahren meist Objekte und nicht Subjekte im Spiel vielfältiger Machtinteressen.

Die unbewegliche, ans fanatische grenzende Politik vor allem Beneschs, aber auch Masaryks zur Unterdrückung und Verdrängung jeder nationalen Minderheit zur Durchsetzung ihres Nationalstaates um jeden Preis führte letztlich zur Isolierung und zum Untergang dieses Staates und zur Fremdbestimmung und zur Unfreiheit im eigenen Land.

Die Vertreibung der Sudetendeutschen nach 1945 führten zum wirtschaftlichen, politischen und geistigen Niedergang und zur kommunistischen Diktatur.

Eine Lösung des seit 1918 laufenden Teufelskreis wird nur nach ehrlicher Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte , der Einsicht in begangene Fehlverhalten und deren Beseitigung und möglichst Wiedergutmachung begangenen Unrechts zu erreichen sein, was umso schneller und einfacher zu erreichen sein wird, je mehr die Gemeinwesen nach den Grundsätzen von Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung geleitet werden. Viel Geduld und Energie wird dazu nötig sein, wie auch die Achtung des Menschen und seine Würde.

Wenzel Jaksch zitiert in seinem Buch „Europas Weg nach Potsdam“ den Dichter des Böhmerwaldes Adalbert Stifter aus dem Jahr 1848 wie folgt: „Möge Europa sich bald in der teils neu errungenen, teils schon länger bestandenen Freiheit festigen und ordnen – sonst gehen wir bei dem Auftauchen so vieler nicht meßbarer Gewalten einer düsteren Zukunft entgegen“  
Wie prophetisch waren diese Worte 1848 und wie aktuell sind sie auch heute!

Welches Fazit kann heute aus den Erfahrungen der letzten 100 Jahre gezogen werden?

Demokratie, Freiheit, Menschen-/Selbstbestimmungsrechte, Eigentum und Menschenwürde sind heute – zumindest deklaratorisch – „Grundwerte“ der Gemeinwesen „westlich-demokratischer Prägung geworden.

Verletzungen der o.g. Grundwerte können heute durch nationale Gericht oder internationale Gerichte oder andere Einrichtungen verfolgt und geahndet werden.

Bezogen auf die sudetendeutsch-tschechische Problematik:

Bezogen auf den 4.März 1919 hat es keine Strafverfolgungen von Tätern gegeben

Über die Verletzungen von Minderheitenverletzungen hat es zahlreiche Beschwerden beim Völkerbund gegeben, allerdings ohne nennenswerte Beseitigung der Beanstandungen.

Die Vertreibungen und damit verbundene Straftaten sind auf deutscher Seite relativ umfassend dokumentiert , auf tschechischer Seite nach der Wende zunehmend in der Diskussion, vor allem von jungen Menschen, die sich für die Geschichte in ihrem Land interessieren. Dies gilt auch für die Medien. Auch in der offiziellen tschechischen Politik findet -allerdings sehr zögerlich -eine allmähliche Entkrampfung statt. Allerdings werden – entgegen offizieller Darstellungen – in der aktuellen Rechtsprechung immer noch die einschlägigen Beneschdekrete als gültige Rechtsgrundlage für Entscheidungen angewandt.

Es ist aus meiner Sicht in erster Linie eine Frage der tschechischen Politik und des tschechischen Volkes, ob und wie weit sie mit solchen Dekreten, die den einfachsten Grundwerten menschlichen Zusammenlebens diametral entgegengesetzt sind, weiterhin als Bestandteil ihrer Rechtsordnung leben wollen und sich damit dann auch identifizieren lassen müssen.

Wiedergutmachungsregelungen, wie sie z.B. in einer Reihe südosteuropäischer Länder bestehen , gibt es in Tschechien nicht. Es gibt hier Restitutionsregelungen für kirchliche Einrichtungen , Adelshäuser oder für Enteignungen durch das kommunistische Regime. Deutsche sind in der Regel aber ausgenommen, wie auch Enteignungen vor 1948.

Generell ist festzuhalten, daß die nach dem 1.Weltkrieg von den Siegermächten in den Verträgen der Jahre 1918 bis 1921 festgelegten Regelungen zu einem großen Teil nicht zur Befriedung, sondern bis heute zu streitigen bis kriegerischen Auseinandersetzungen geführt haben und noch führen. Das geht von Südtirol über den Balkan bis in den nahen Osten. Überall, wo von Siegermächten ohne Rücksicht auf die Selbstbestimmung und die Interessen und Wünsche der betroffenen Menschen hinweg Grenz- oder andere Regelungen getroffen worden sind, wehren sich die Menschen im Rahmen ihrer Möglichkeiten, bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Das gilt im übrigen nicht nur für die Regelungen von Versailles ff, sondern für viele bis heute getroffenen Regelungen weltweit.

Und die Praxis zeigt auch, daß selbst die Vertreibung von Minderheiten zu keiner dauerhaften Lösung führt. Zwar können damit die Reibereien zwischen unterschiedliche Volksgruppen beseitigt werden, aber die durch die Vertreibung herbeigeführten Veränderungen für die Wirtschaft, die Gesellschaft, die Landschaft und für die Kultur reißen Lücken und Wunden, die auch nach Generationen nachwirken. In Böhmen und Mähren gibt es zur Zeit eine lebhaftige Diskussion auch über die Medien bezüglich der negativen Entwicklungen vor allem in den früher von Deutschen bewohnten Regionen.

Deutschland hat nach dem 2.Weltkrieg, zunächst vielleicht ein wenig zögerlich, dann aber nach deutscher Art besonders gründlich, sich bemüht, seine Vergangenheit aufzuarbeiten und begangenes Unrecht nicht nur moralisch, sondern auch materiell nach Möglichkeit wiedergutzumachen.

Wir Sudetendeutschen haben nach dem Krieg schon früh die Hand nach Tschechien ausgestreckt, nicht um anzuklagen, sondern um gemeinsam Vergangenheit aufzuarbeiten, Unrecht zu beseitigen und Schäden nach Möglichkeit auszugleichen, um auf einer neuen europäischen Zukunft die gemeinsame Heimat in Frieden und Freiheit genießen zu können. Zunächst schien diese Politik völlig illusionär, dann gab es neue Möglichkeiten, der Eiserne Vorhang fiel und allmählich fanden die

Menschen vor Ort zueinander und mit der Zeit öffnete sich auch die politische Ebene – wenn auch zaghaft und schleppend. Aber wenn wir beständig und mit Selbstvertrauen und Überzeugungskraft diesen Weg weitergehen, werden wir Erfolg haben – denn es gibt keine überzeugende realistische Alternative

Machtpolitik, Mißachtung von Recht und Gerechtigkeit, Menschenverachtung, Vertreibung ,Gewalt, Diktatur, Lüge und Intrige haben der Menschheit in den letzten 100 Jahren nur Krieg, Vertreibung, Not, Elend und Verzweiflung gebracht.

Gehen wir weiter den Weg, den wir seit über 70 Jahren beschreiten, den Weg der Gemeinsamkeit in einem freien und demokratischen Europa, in dem alle Völker und Volksgruppen in Frieden und Selbstbestimmung zusammenleben und eine glückliche Zukunft für künftige Generationen aufbauen. Das ist auch unsere Verpflichtung denen gegenüber, die am 4.März 1919 friedlich für diese Ideale demonstriert haben und für die 54 Menschen ihr Leben gelassen haben.

Reinfried Vogler  
Februar 2018